



Berlin, 13. Juli 2010

GdP zum Prozessauftakt gegen sogenannte S-Bahn-Mörder Freiberg: Der Gewalt-Debatte muss konkretes Handeln folgen

Berlin. Anlässlich des heutigen Prozessauftakts gegen die sogenannten-S-Bahn-Mörder von München mahnt der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, die Debatte über die fortschreitende Radikalisierung gesellschaftlicher Gruppen, die zunehmende Skrupellosigkeit im Umgang miteinander, die massive Gewaltausübung auch gegenüber Polizeibeamten nicht nur in parlamentarischen Elfenbeintürmen zu führen. Mit konkreten Maßnahmen wie örtlichen Alkoholverboten, Einschränkungen beim Alkoholverkauf und Investitionen in Personal beispielsweise in der Sozialarbeit und den Ordnungsämtern könne diese besorgniserregende Entwicklung zumindest verlangsamt werden.

Freiberg: „Angesichts der Finanzmisere in den Haushalten ist eine solche Forderung wohl nicht sehr schnell umzusetzen. Jetzt stehen die Kämmerer mit leeren Händen da und hoffen, dass es nicht noch schlimmer wird. Nun rächt sich, dass viele Jahre lang, notwendige Mittel für Jugendsozialarbeit, Stadtentwicklung und Ordnungsaufgaben heftig beschnitten wurden.“ Mit der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sei ein Vabanquespiel betrieben worden. Einerseits wurde auf die Selbstheilungskräfte der Gesellschaft vertraut, andererseits auf die Polizei verwiesen, die aber ebenso seit Jahren massivem Sparen ausgesetzt sei.

Freiberg: „Länder und Kommunen dürfen sich nicht mehr wegducken. Prävention ist teuer, aber wenn man sie schleifen lässt, dann kommt es einem später teuer zu stehen. Leidtragende sind dann nicht die politisch Verantwortlichen, sondern in erster Linie die Menschen in ihrem alltäglichen Leben.“

Auch die Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs, so der GdP-Bundesvorsitzende, müssten ihr Scherflein dazu beitragen, mehr Sicherheit zu gewährleisten. Es sei aber nicht damit getan, noch mehr Videokameras zu installieren. Freiberg: „Videokameras brauchen keinen Urlaub, arbeiten rund um die Uhr und verlangen kein Weihnachtsgeld, doch Reisende wollen in Notsituationen einen direkten Ansprechpartner und keine Kameralinse.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190